

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)



Träger der Gedenkstätte

Museum in der „Runden Ecke“ mit
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RESÜMEE

Leipzig, den 12.10.2011

Unser Zeichen:Dokument4

PODIUMSDISKUSSION VERSCHLUSSACHE – STRENG GEHEIM! GEHEIMDIENSTAKTEN UND GEHEIMARCHIVE

Am 4. Dezember 1989 besetzten die Bürger Leipzigs die Stasi-Bezirksverwaltung am Innenstadtring. Sie wurden damit Herr über einen riesigen Aktenberg, den die Stasi über sie in Jahrzehnten angelegt hat. Doch wie geht man mit diesem Material um, besonders in einer Zeit in der Täter und Opfer noch leben? Was bedeuten die Öffnungen ehemals geheimer Archive für die Erinnerungskultur einer Gesellschaft?

Um diese Fragen zu klären, lud die Leibniz-Gemeinschaft in Kooperation mit dem Bürgerkomitee und der Stiftung der Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland (DGIA) zu einer Diskussion in die „Runde Ecke“ ein. Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Geisteswissenschaft im Dialog“. Das Podium war hochkarätig besetzt. Es sprachen Prof. Dr. Manfred Bierwisch, Professor an der Humboldt Universität zu Berlin und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie Ehrenmitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Nikolaus Katzer, Leiter des Deutschen Historischen Institut in Moskau, Dr. Lutz Klinkhammer, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent des Deutschen Historischen Instituts in Rom, Prof. Dr. Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam sowie Professor an der Humboldt Universität zu Berlin, Prof. Dr. Andreas Wirsching, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. Die Moderation hatte Prof. Dr. Rainer Blasius, verantwortlicher Redakteur des Ressorts „Politische Bücher“ in der Politikredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung inne.

Vor circa 70 Besuchern leitete Prof. Dr. Heinz Duchhardt, Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung „DGIA“, den Abend ein. Und betonte, dass das Podium nicht nur aus Kennern der deutschen sondern auch der europäischen Archive besteht. Die Geheimakten stellen Historiker vor Probleme methodischer aber auch moralischer Natur. Die ideologische Ausrichtung der Ersteller der Akten muss beim Auswerten der Dokumente immer mit berücksichtigt werden. Hierzu sind intime Kenntnisse der institutionellen und kulturellen Gegebenheiten von Nöten, so Duchhardt. Eine Enthüllungsplattform wie „Wikileaks“, die Akten unkommentiert veröffentlicht ist daher für den Laien unbrauchbar und nur für den Historiker ein „Festmahl“.

Eine Einführung zum authentischen Ort gab der Leiter der Gedenkstätte und stellvertretende Vorsitzende des Bürgerkomitee Tobias Hollitzer. So gehörte der ehemalige Stasi-Kinosaal zur Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig. Die letzte Veranstaltung der Stasi in diesen Räumlichkeiten war der Festakt zu „40 Jahre DDR“. Die darauffolgende Veranstaltung war eine Sondersitzung des Runden Tisches, in der es Anfang 1990 um den weiteren Umgang mit den Stasi-Akten ging. Es waren auch die Stasi-Akten die letzten Endes zur Besetzung führten. So zogen zwar die Leipziger Montagsdemonstrationen schon einige Zeit an der Bezirksverwaltung vorbei, doch erst als die Gerüchte um die Vernichtung der Akten nicht mehr verstummten, wurde das Gebäude am 4. Dezember. 1989 besetzt.

Der Moderator stellte im Anschluss das Podium vor und bat um die Statements der einzelnen Teilnehmer. Lutz Klinkhammer erläuterte seinen Standpunkt an der Geschichte der Öffnung des Vatikanischen Archives. So ermöglichte Papst Leo der XIII 1881 das Geheimarchiv für alle Menschen ungeachtet ihrer Konfession. Es steckte aber nicht der Wunsch nach freiem Zugang zum Wissen hinter diesem brillanten Schachzug, sondern politisches Kalkül. Die Kurie sei vorher immer stärker in Verruf geraten, so dass der Papst zeigen wollte, dass sie nichts zu verbergen habe.

Später wurde nur privilegierten Historikern Zugang zu den Archiven gewährt, die kommentierte Archivbände herausbringen sollten. Wie es zum Beispiel im faschistischen Italien der Fall war und auch heute ist der Trend dahingehend, dass nur ausgewählte Historiker auf die Quellen der Arkanbereiche zugreifen dürfen. „Ein allgemeiner Archivzugang, wie er von Papst Leo XIII. geschaffen wurde, ist daher auch heute – bei zunehmender Auftragsforschung – kein unwichtiges Postulat.“, so Klinkhammer.

Nikolaus Katzer hinterfragte daraufhin die Form der Archivöffnung in der Sowjetunion. So ist seit der Präsidentschaft Wladimir Putins der Archivzugang nur noch eingeschränkt möglich, jedoch war auch die kurze Phase der offenen Archive nach 1992 problematisch. Die Öffentlichkeit wurde mit einer riesigen Flut an neuen Quellen und Informationen zum Sowjet-Imperium überflutet, jedoch geschah dies oft in unkommentierten Ausgaben mit dem sowohl die Hochschullehrer als auch die Öffentlichkeit nichts anfangen konnten. Überhaupt seien die Akten nur zu verstehen, wenn sie durch die Kommentare und Eindrücke der Zeitzeugen ergänzt würden, so Katzer. Die reine Fokussierung auf die Archive bewirke dagegen eine Verengung des Geschichtsbildes.

Andreas Wirsching wies daraufhin, dass Transparenz zwar immer ein Maßstab für das Funktionieren einer Demokratie sei und auch angestrebt wird, jedoch sich auch eine Demokratie vorbehält Geheimakten zu haben. Geheimdienste, die das vor allem betrifft, würden im technischen Sinne teilweise ähnlich arbeiten. Abgesehen davon gebe es auch im privatwirtschaftlichen Bereich eine Sammelwut, die teilweise bis zum Erstellen von Bewegungsprofilen Einzelner reicht. Diese Spannungsfelder der Demokratie sollten von der Gesellschaft hinterfragt werden. „Das ist also auch ein Plädoyer dafür, sich mit der Geschichte der frühen BRD zu beschäftigen“, so Blasius.

Danach erläuterte mit Prof. Dr. Manfred Bierwisch als einziger Nicht-Historiker seinen Standpunkt. Er stellte die Frage ob der umfangreiche Zugang zu den Archiven dem friedlichen Zusammenleben der Gesellschaft förderlich ist, wenn die Betroffenen noch leben. Da Spannungsfelder nicht durch die Aufdeckung von Fehlverhalten sondern durch das vermutete Verdrängen entstehen, sei zum einen „Aufklärung im Zweifelsfall hilfreicher als Verdrängen“. Des Weiteren sei taktisches Kalkül und zulässige wie unzulässige Meinungsmache nicht auf die Verfügbarkeit von Geheimdienstakten begrenzt und ohne sie gegebenenfalls bössartiger. Außerdem stellt verantwortlicher Umgang immer die Qualität und Belastbarkeit der Dokumente in Rechnung, die ohne Berücksichtigung ihrer Entstehung nicht bewertbar sind. Und da sind die Akten (nicht nur der Stasi) oft selbst ungewollte Helfer: Ein Abhörprotokoll, in dem „Sergasmus“ steht statt „Sarkasmus“ belegt die Kompetenz des Abhörers.

Martin Sabrow stellte in seinem Statement zwar fest, dass in den letzten Jahrzehnten die Öffentlichkeit immer mehr auf die Öffnung von Archiven gedrängt hat, schränkte aber die Bedeutung dieses „Runs“ auf die Archive ein. So merkte er an, dass der Furor um die Archive vergessen macht, dass die Geheimakten keinen erhöhten Aussagewert haben. Nur weil es in den Akten steht, muss es nicht wahr sein, beziehungsweise nicht höherwertig als ein Zeugenbericht. Des Weiteren stellt sich für ihn die Frage, ob es nicht auch für Historiker illegitimes Wissen gibt. Die Stasiakten zum Beispiel wurden nach westlichen Maßstäben illegal angesammelt, weswegen ein Zugriff der Historiker moralisch in Frage zu stellen sei. Des Weiteren merkte er an, dass durch den ungleichen Akten Zugang ein Schiefbild in der Wissenschaft entstünde. Auf die ehemaligen sozialistischen Archive könne man Zugreifen auf die Westlichen nur eingeschränkt, dies ist aus wissenschaftlicher Sicht inakzeptabel.

In der anschließenden Diskussion wies Wirsching daraufhin, dass es einen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur gebe. Für eine Diktatur sei der Geheimdienst elementar wichtig, während die Erforschung der westlichen Geheimdienste vor allem zu Tage brachte, dass diese für die Bewertung des Systems eher unerheblich seien.

Dies relativierte Lutz Klinkhammer. Die italienischen Geheimdienste hätten ebenfalls peinlichst genau die Bevölkerung ausspioniert und wären zumindest im technischen Sinne mit den sozialistischen Geheimdiensten zu vergleichen. Es gebe generell ein Bedürfnis nach dem Sammeln von Information, um gegebenenfalls zum Beispiel eine Desinformationskampagne starten zu können.

Prof. Dr. Bierwisch war es noch einmal wichtig darauf hinzuweisen, dass es einen Unterschied macht unter welchen Umständen die Archive geöffnet werden. Ob das System durch einen Zusammenbruch die Hoheit über die Akten verliert, oder ob es eine institutionelle Kontinuität gibt, wie es bei Akten der BRD der Fall sei.

Insgesamt waren sich alle Beteiligten einig, dass die auch die westdeutschen Geheimarchive geöffnet werden müssten, da es ansonsten zu einer Verschiebung des Geschichtsbildes kommen würde. Wobei Rainer Blasius dies einschränken musste, da es noch durchaus berechnete Arkanbereiche in der Politik gibt. Er schloss dann auch die Veranstaltung mit einem Zitat, dass das Bundesarchivgesetz „der Retrospektiven demokratischer Kontrolle des Regierungs- und Verwaltungshandelns der Bundesregierung und ihrer Dienststellen durch wissenschaftlicher Forschung“ dienen soll.